Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Alex Dorow

Abg. Martina Fehlner

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Ulrike Gote

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Staatsregierung

**auf Zustimmung zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter
Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 17/7548)**

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Ich darf noch darauf hinweisen: Nach der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Als ersten Redner bitte ich den Kollegen Dorow zum Rednerpult.

Alex Dorow (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 23. März 2014 die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des ZDF für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht verlangt insbesondere, dass der Anteil staatlicher und staatsnaher Mitglieder ein Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des jeweiligen Gremiums nicht übersteigt.

Lassen Sie mich die wichtigsten Punkte des nun neu ausgearbeiteten Siebzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, wie es korrekt heißt, zusammenfassen. Worum geht es?

Staatliche bzw. staatsnahe Mitglieder müssen mittels einer Inkompatibilitätsregelung von den staatsfernen Sitzen ausgeschlossen werden. Dies war bisher nicht der Fall. Ein Beispiel: Der Kollege Dr. Bernd Fabritius könnte nicht mehr als Vertreter des Bundes der Vertriebenen dem Fernsehrat angehören, da er zudem Mitglied des Deutschen Bundestages ist.

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wurden bisher separat betrachtet.

Das Gericht fordert zudem, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft in den Gremien auch widerspiegelt und dass einer Versteinerung der Gremienbesetzung effektiv entgegen gewirkt wird.

Weiterhin wird gefordert, dass Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. Dieser Anspruch sollte – erlauben Sie mir die Anmerkung – insbesondere von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt als selbstverständlich angesehen werden.

Zu guter Letzt wird vom Bundesverfassungsgericht eine hinreichende Transparenz der Gremienarbeit gefordert.

Die Rundfunkkommission der Länder hat nach ausgiebigen Verhandlungen einen entsprechenden Entwurf des ZDF-Staatsvertrags vorgelegt. Da während der frühzeitigen Beteiligung der Länder, die eingebunden waren, keine Einwände erhoben wurden, ist der Vertrag am 18. Juni 2015 von den Ministerpräsidenten unterzeichnet worden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem Änderungsvertrag in seiner vorliegenden Form können wir zustimmen und damit den Reformprozess vorantreiben. Ich nenne die wichtigsten Punkte.

Zuallererst: Der Fernsehrat wird von 77 Mitgliedern auf 60 Mitglieder verkleinert. Besonders wichtig ist der Hinweis, dass die Zahl der Sitze der staatlichen und staatsnahen Vertreter auf 20 beschränkt wird. Hiermit wird die Drittelvorgabe des Bundesverfassungsgerichts eingehalten.

Die 16 Vertreter der Landesregierungen bleiben erhalten. Die Bundesregierung gibt einen Sitz ab und hat somit künftig zwei statt drei Sitze. Die kommunalen Spitzenverbände sind künftig ebenfalls nurmehr mit zwei Sitzen statt wie vorher mit dreien vertreten. Außerdem werden diese nun den staatlichen und staatsnahen Vertretern zugeordnet. Das bedeutet im Klartext: Ein Vertreter des Deutschen Landkreistages wird künftig fix, ein Vertreter des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes rotierend vertreten sein.

Die vielleicht einschneidendste Änderung ist, dass politische Parteien künftig keine eigenen Vertreter mehr entsenden; bisher waren dies zwölf.

Der Block der staatsfernen Verbände bleibt überwiegend erhalten. Lediglich Ver.di, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger sind künftig jeweils mit einem Sitz statt wie bisher mit zwei Sitzen vertreten.

Künftig soll außerdem eine Ländergruppe gebildet werden, in der den Ländern bestimmte Bereiche fest zugeordnet sind. Aus den ihnen zugeteilten Bereichen dürfen sie dann jeweils einen Vertreter benennen. Dem Freistaat Bayern beispielsweise ist der Bereich Digitales zugeordnet. Ich denke, dass insbesondere über die neue Ländergruppe und die vertretenen Themenbereiche der Querschnitt der Gesellschaft gut widerspiegelt wird. Mit dieser Lösung wird den verschiedenen Bedürfnissen und Wünschen Rechnung getragen.

Dennoch gibt es eine Evaluierungsklausel. Diese soll es ermöglichen, jeweils nach Ablauf von zwei Amtsperioden die Regelungen zur Zusammensetzung des Fernsehrates zu überprüfen. Da wir in den vergangenen Jahren gesehen haben, wie schnell sich die Themen, die in der Gesellschaft als wichtig erachtet werden, ändern können, betrachte ich es durchaus als sinnvoll, dies festzuschreiben. Damit kann vermieden werden, dass man sich auf den jetzigen Beschlüssen und Entscheidungen quasi ausruht und es einfach wieder laufen lässt in der Hoffnung, dass die getroffenen Entscheidungen auch in Zukunft so passen werden.

Der Verwaltungsrat wird ebenfalls verkleinert. Mit zwölf Mitgliedern umfasst er nun zwei Sitze weniger. Die Länder werden durch vier Mitglieder vertreten, die von den Regierungschefs gemeinsam berufen werden. Acht weitere Mitglieder werden vom Fernsehrat mit Zweidrittelmehrheit berufen.

Auch bei der Besetzung der Ausschüsse muss beachtet werden, dass die staatlichen und die staatsnahen Vertreter in Zukunft lediglich ein Drittel der Plätze besetzen dür-

fen. Dies gilt übrigens auch für die Besetzung der Vorsitze des Fernsehrates, des Verwaltungsrates und von dessen Ausschüssen. Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass die Personen, die dem staatlichen oder staatsnahen Bereich zugeordnet sind, nicht als Vertreter anderer Verbände oder Organisationen den Gremien angehören. So dürfen unter anderem Parlamentarier und Regierungsmitglieder sowie führende Parteienvertreter dem Fernsehrat und dem Verwaltungsrat nicht angehören, sofern es sich bei ihnen nicht um die gesetzlichen staatlichen oder staatsnahen Mitglieder handelt. Frühestens 18 Monate nach dem Ausscheiden aus der dortigen Funktion dürfen auch diejenigen, die als inkompatibel eingestuft waren, Mitglied des Fernsehrates oder des Verwaltungsrates werden.

Ein Mitglied darf dem Fernsehrat und dem Verwaltungsrat insgesamt maximal drei Amtsperioden angehören. Die Mitgliedschaften in Fernsehrat und Verwaltungsrat werden dabei nicht einzeln betrachtet, sondern zusammengerechnet.

Vor dem Inkrafttreten laufende Amtsperioden – egal, wie viele es bisher waren – gelten als erste Amtsperiode. Dies soll auch einer Versteinerung der Gremien entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ein neues Mitglied entsandt wird – das ist der letzte Punkt, der mir an dieser Stelle erwähnenswert erscheint –, muss einem männlichen Mitglied eine Frau und einem weiblichen Mitglied ein Mann nachfolgen. Sollte eine Organisation oder ein Verband zwei Vertreter entsenden, sind je eine Frau und ein Mann zu entsenden. Diese Neuregelung soll verbindlich sicherstellen, dass bei Entsendung der Mitglieder in den Fernsehrat Männer und Frauen angemessen berücksichtigt werden.

Zu guter Letzt: Damit die Gremienarbeit selbst auch transparenter gestaltet wird, sollen die Sitzungen des Fernsehrates künftig öffentlich sein. Im Gegensatz dazu finden die Sitzungen der Ausschüsse sowie die Sitzungen des Verwaltungsrates und von dessen Ausschüssen grundsätzlich nichtöffentlich statt. Ich meine, das ist eine sinn-

volle Einschränkung, vor allem deshalb, weil es dort oft im Detail um datenschutzwürdige Themen geht und ein geschützter Bereich für notwendige Diskussionen in diesem Bereich erhalten bleiben soll.

Die Zusammensetzung des Fernsehrates und der Ausschüsse sowie die Tagesordnungen und eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse werden künftig veröffentlicht. Hierzu reicht eine Veröffentlichung in elektronischer Form auf der Homepage des ZDF aus – nach meinem Dafürhalten ein überfälliger Punkt.

Die geplanten Änderungen sind zuvörderst eines – eine Umsetzung der Vorgaben des Gerichtsurteils. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind die Ergebnisse der zwischen den Landesregierungen geführten Verhandlungen. Meines Erachtens ist ein guter Kompromiss erzielt worden. Den wesentlichen Kritikpunkten des Bundesverfassungsgerichts wird mit diesem Änderungsvertrag voll Rechnung getragen. Deshalb werden wir ihm zustimmen. Wir bitten Sie, Kolleginnen und Kollegen, um das Gleiche.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Fehlner.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach unserer Auffassung sind im Laufe der Beratungen zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der im Wesentlichen eine Novelle des ZDF-Staatsvertrags beinhaltet, keine neuen Erkenntnisse, Gesichtspunkte und Argumente hinzugekommen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden die Länder verpflichtet, eine verfassungsgemäße Neuregelung des ZDF-Staatsvertrags zu treffen. Dies ist geschehen. Die Länder haben sich auf eine entsprechende Neuregelung geeinigt. Diese findet auch unsere Zustimmung.

Wichtig waren und sind für uns folgende Positionen: das Gebot der Staatsferne, die Vielfaltssicherung und die Transparenz der Gremien. Das Gebot der Staatsferne sei

nicht als Abwesenheit, sondern vielmehr als besondere Form der Wahrnehmung der Verantwortung des Staates für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verstehen, so das Bundesverfassungsgericht in seiner Beurteilung. Die Gremien müssen also unsere Gesellschaft vielseitig und facettenreich widerspiegeln; sie dürfen nicht versteinern. Einer Dominanz von Mehrheitsperspektiven ist entgegenzuwirken.

Diesem Änderungsauftrag der Verfassungsrichter kommen die Länder im Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag nach. Deshalb wird nicht nur der Anteil der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Gremien auf ein Drittel gesenkt; auch das Spektrum der in den Gremien vertretenen gesellschaftlichen Strömungen und Perspektiven wird erweitert und um Vertreterinnen und Vertreter von Gruppen ergänzt, die vielfältiger als bisher die Gesellschaft und die aktuell in ihr vertretenen Meinungen und Haltungen widerspiegeln. Personen mit möglichst vielen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen gesellschaftlichen Bereichen unseres Gemeinwesens müssen vertreten sein. Immerhin sorgt die Evaluierungsregelung dafür, dass immer wieder überprüft werden muss, jeweils nach zwei Amtsperioden, ob die Zusammensetzung des Fernsehrates noch zeitgemäß ist, also der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt.

Es ist gut, dass durch die Einführung der Inkompatibilitätsregelung verhindert wird, dass Verbände und Organisationen Politiker oder staatsnahe Vertreter in die Gremien entsenden. So werden nun auch die Mitglieder der Europäischen Kommission, hauptamtliche kommunale Wahlbeamte und Beamte, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände auf Leitungsebene und die Mitglieder des Parteivorstandes dem staatlichen Bereich zugeordnet. Eine Karenzzeitregelung kann ebenfalls vor dem Zuzug der Politik durch die Hintertür schützen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, dass Transparenzregelungen einbezogen werden, von der Veröffentlichung von Protokollen über die Öffentlichkeit der Sitzungen bis hin zur Veröffentlichung von Gehältern des Leitungspersonals.

Wir hoffen, dass die Gleichstellungsregelung in der Praxis nun wirkt, und werden genau beobachten, wie sich das Geschlechterverhältnis in den Gremien entwickeln wird. Klar ist, dass ein Staatsvertrag, der zwischen 16 Bundesländern mit unterschiedlichen Regierungszusammensetzungen und Interessenlagen geschlossen wurde, bedeutet, dass die vertragliche Regelung zwischen den Ländern natürlich auch immer eine Kompromisslösung ist. In diesem Fall glauben wir, dass ein guter Kompromiss gefunden wurde. Wir stimmen ihm zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Professor Dr. Piazolo. Bitte.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben schon intensiv und ausführlich den Inhalt des Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages beschrieben. Insofern kann ich mich auf einige wenige Ausführungen beschränken.

Sie haben im Wesentlichen die positiven Dinge herausgestellt. Ich will einige kritische Anmerkungen zu dem machen, was mir aufgefallen ist. Im Zentrum der gesamten Debatte und auch des Bundesverfassungsgerichtsurteils stand die Frage: Wie viel Einfluss soll die Politik, wie viel Einfluss sollen Politiker auf öffentlich-rechtliches Fernsehen, in diesem Fall das ZDF, auf ein staatsfernes Fernsehen haben? Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Höchstens ein Drittel der Vertreter dürfen staatsnah sein, dürfen Politiker sein. Vorher waren es mehr.

Und wie reagiert die Politik? Sie reagiert exakt an der Oberschwelle. Exakt die Oberschwelle, nämlich ein Anteil von einem Drittel, wird festgeschrieben. Das ist zwar eine

Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils, es ist mir aber zu wenig. Wenn man den Einfluss der Politik beschränken will – ich halte das bei einem staatsfernen, unabhängigen Rundfunk für notwendig –, dann sollte man weiter gehen. Ich hätte mir gut vorstellen können, dass man nur ein Fünftel mit Politikern besetzt. Das ist immer noch genügend und eine große Anzahl angesichts der Gesamtzahl von 60.

Das ist aber nicht passiert. Ich glaube, dass dieser Staatsvertrag damit kein schönes Zeichen setzt für das, was vielleicht in den Ländern umgesetzt wird, weil ich auch da das Gefühl habe, dass man an die Obergrenze dessen geht, was möglich ist, dass man das, was durch das Bundesverfassungsgericht vorgegeben ist, bis an die Obergrenze ausschöpft. Ich meine, dass das kein gutes Zeichen nach außen ist, auch kein gutes Zeichen gegenüber den Bürgern, weil der Eindruck entsteht: Die Politiker wollen den Einfluss so weit ausdehnen, wie sie nur irgendwie können. Das ist einer der kritischen Punkte, die ich in diesem Staatsvertrag sehe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwei weitere Dinge, die mir aufgefallen sind, sind die beiden Protokollerklärungen von verschiedenen Bundesländern. Interessant ist, welche Protokollerklärung Bayern unterschreibt und welche Protokollerklärung Bayern nicht unterschreibt. Sie unterschreiben die erste Protokollerklärung, in der es darum geht, ob Geschäftsführer von kommunalen Spitzenverbänden als Politiker gelten oder nicht. Da lautet sogar die Argumentation, dass dadurch, dass sie weisungsgebunden sind, sie eben nicht der Kategorie Politik zuzuordnen sind. Die Frage ist natürlich, wer die Weisungen gibt. Ist das nicht wieder die Politik, die die Weisungen gibt? Insofern ist meine Auffassung, ist unsere Auffassung als FREIE WÄHLER, dass man auch diese Vertreter kommunaler Spitzenverbände – seien es auch die Geschäftsführer – in die Kategorie Politik mit hineinnehmen und dazuzählen müsste. Es wäre gut gewesen, wenn Bayern diese Protokollnotiz nicht unterzeichnet hätte.

In der zweiten Protokollnotiz geht es darum, wie schnell man die Ideen des Bundesverfassungsgerichts auf den Fernsehrat, auf die Ländergesetzgebung umsetzt. Hier wird auf das Tempo gedrückt. Es wird gesagt, wir wollen das möglichst schnell umsetzen. Da hat Bayern nicht mitgewirkt, vielleicht auch wohl wissend, dass man, was die eigene Landesgesetzgebung anbetrifft, insbesondere beim Rundfunkrat und Medienrat hinterherhinkt und es nicht geschafft hat, innerhalb der Amtszeit eine Regelung zu schaffen, eine neue Amtszeit mit einer neuen Regelung zu beginnen, die dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Deshalb musste man den Bypass aus Verlegenheit wählen und die Amtszeit des Medienrates verlängern. Das macht deutlich, dass die Staatsregierung, aber auch der Gesetzgeber geschlafen haben, sich zu viel Zeit gelassen haben. Insofern scheint auch in dieser Protokollnotiz ein Versäumnis des Freistaates Bayern auf.

Diese Gründe, die ich genannt habe, veranlassen uns FREIE WÄHLER, die wir noch nicht in einer der Landesregierungen vertreten sind, dazu, diesem Staatsvertrag nicht zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Ulrike Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE haben das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr begrüßt. Wir haben das Ganze ja mit angeschoben, damit es überhaupt zu dem Verfahren kam. Allerdings ist die Umsetzung des Bundesverfassungsurteils leider nicht das geworden, was wir uns erhofft haben. Es ist nämlich nicht zu einer echten tiefgreifenden Reform gekommen.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wurden zwar gerade so eben umgesetzt; aber die Gesamtschau zeigt, dass das doch relativ mutlos gemacht wurde. Es wurden Chancen verpasst, dem ZDF eine gesellschaftsnahe Aufsicht und den Zu-

schauerinnen und Zuschauern damit das Gefühl zu geben, dass sie von diesem Gremium tatsächlich vertreten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde wieder wie alle vorhergehenden auf sehr intransparente Art und Weise hinter verschlossenen Türen ausgemuschelt. So bleibt es zum Beispiel nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien welche gesellschaftliche Gruppe vertreten sein wird und welche nicht. Es gibt keine Begründungen dafür im Staatsvertrag oder auch analog zu den Verhandlungen.

Das Gremium sollte ja staatsferner werden. Ja, es ist jetzt staatsferner geworden. Die Ministerpräsidenten haben das aber auf eine sehr eigene Art interpretiert und umgesetzt. Die staatliche Seite stellt zwar nun nur noch ein Drittel des Gremiums, das heißt, die Ministerpräsidenten können einen kritischen Chefredakteur nicht mehr einfach aus dem Amt kegeln. Es wird also keine zweite "Causa Brender" geben. Aber nun sind auch die Vertreter und Vertreterinnen der Parteien herausgefallen, und zwar allein zugunsten der Exekutiven. Hier wird das Rad des Exekutivföderalismus munter weitergedreht. Es steht außerdem zu befürchten, dass dort nur noch die Ministerpräsidenten und die Regierungsvertreter der Großen Koalition vertreten sind.

Wenn ich das jetzt einmal aus unserer Warte, aus der Warte der GRÜNEN hier im Bayerischen Landtag sehe, dann kann das nicht in unserem Sinne sein. Die politische Vielfalt bildet sich in dem neuen ZDF-Fernsehrat nicht ab. Es gibt nur einen einzigen wirklichen Erfolg, und den bejubeln wir auch kräftig. Der einzige wirkliche Erfolg kam aber nur zustande, weil wir GRÜNEN nicht lockergelassen haben. Wir haben auch bei der Umsetzung darauf gedrängt, und wir haben eine Möglichkeit gefunden, das umzusetzen. Künftig wird es eine Vertretung der Schwulen und Lesben bzw. der LSBTTIQ im Fernsehrat geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist sicherlich ein ganz, ganz großer Fortschritt. Den begrüßen wir ganz ausdrücklich. In der Gesamtschau aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist uns das zu wenig. Gerade nach den Beratungen in den Ausschüssen und nach dem, was wir gehört haben – auch die Ausführungen von Herrn Kollegen Piazzolo haben das bestärkt, sowohl im Ausschuss als auch gerade eben wieder –, ist uns das deutlich zu wenig. Wir wollen, und hier bin ich auch bei einem Argument, das der Kollege gerade aufgegriffen hat, und knüpfe daran: Wir wollen auch die Landesgesetzgebung reformieren. Wir wollen deutlich weiter gehen als das, was wir jetzt haben. Wir sehen es deshalb als schlechtes Zeichen an, diesem Staatsvertrag jubilierend beizutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Gesamtschau kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir unser Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen revidieren und diesem Staatsvertrag nunmehr nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 17/7548 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf der Drucksache 17/8850 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Das sind die CSU und die SPD. Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dem Staatsvertrag zugestimmt worden.